

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Joachim Fuchtel, Eckart von Klaeden, Norbert Barthle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Monika Griefahn, Lothar Mark, Dirk Becker, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
– Drucksache 16/7489 –**

### **Erneuerbare Energien, wie Solarenergie, Geothermie, Wind- und Wasserkraft für die Energieversorgung deutscher Einrichtungen im Ausland einsetzen – für Klimaschutz und Nachhaltigkeit**

#### **A. Problem**

Die Antragsteller stellen fest, dass der Klimawandel die zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts ist und daher ein konsequentes internationales Handeln erforderlich macht. Damit befasste sich der Deutsche Bundestag in dem Entschließungsantrag zur UN-Vertragsstaatenkonferenz in Bali (Bundestagsdrucksache 16/7358). Die Bundesrepublik Deutschland kann, so die Antragsteller, durch ein klares Bekenntnis zu klimaschonenden und energieeffizienten Kriterien beim Bau und Umbau von deutschen Vertretungen im Ausland effektiv für den Klimaschutz werben und gleichzeitig ein weltweites Vorbild darstellen.

Den Antragstellern zufolge vermögen Gebäude des Bundes im Ausland mit optimal ausgestatteten Anlagen zur regenerativen Strom-, Wärme- und Kälteerzeugung einerseits für deutsche Technologie zu werben und somit die Nachfrage für diese zu steigern. Andererseits böten sie Anreiz für Nachahmer vor Ort. Die Antragsteller sehen darin auch eine Erleichterung für die Arbeit deutscher Organisationen an Orten, wo eine lückenlose Stromversorgung nicht sichergestellt werden kann. Gerade der Solarenergie komme dabei in vielen Regionen große Bedeutung zu.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert,

- zur Umsetzung höchster Standards der Energieeffizienz und zur Nutzung regenerativer Energien bei Wärme-/Kälte- und Stromerzeugung in allen Gebäuden des Bundes im Ausland wie Botschaften, Konsulaten, deutschen Schulen, Goethe-Instituten, EZ-Büros und anderen;
- zur Nutzung des anstehenden Sanierungsprogramms für deutsche Vertretungen im Ausland sowie des 120-Mio.-Euro-Programms der Bundesregierung zur energetischen Sanierung von Bundesliegenschaften;

- zur Durchführung aktiver Informations- und Öffentlichkeitsarbeit für deutsches Know-how und Technik im Bereich erneuerbare Energien mit Hilfe der installierten Anlagen und der durchgeführten Maßnahmen und hierbei zugleich auch beim Umbau der Gebäude spätere geeignete Präsentationen der Technik zu ermöglichen, so dass diese Anlagen als Demonstrationsobjekte dienen und vor Ort Nachahmer finden;
- zur Überprüfung von Einsatzmöglichkeiten erneuerbarer Energien und von Maßnahmen zur Energieeffizienzsteigerung auch bei Gebäuden, die im Rahmen von Projekten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit errichtet werden;
- zur Beachtung umweltschonender und sozialverträglicher Kriterien bei der Vergabe und Umsetzung dieser Maßnahmen;
- zur Weiterführung und Intensivierung der Exportinitiative erneuerbare Energien und zum Ausbau des Solardachprogramms für deutsche Schulen und Einrichtungen im Ausland und zur Verzahnung desselben mit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, um hierdurch zugleich die installierten Anlagen als Ausgangspunkt für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen (Capacity Building) im jeweiligen Land zu nutzen;
- zur Prüfung, inwiefern noch im Vorfeld der WIREC 2008 (Washington International Renewable Energy Conference) in den deutschen Vertretungen und Institutionen in den USA stärker Erneuerbare-Energien-Technologien eingesetzt werden können bzw. für diese geworben werden kann;
- mit Blick auf die Exportförderung verstärkt zu Auslandsreisen von Vertretern der Bundesregierung auch Unternehmer aus dem Bereich der Branche der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz einzuladen;
- zur Unterrichtung des Deutschen Bundestages über den Ausbau und die Umsetzung dieser Initiative zu gegebener Zeit.

## **B. Lösung**

**Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP**

## **C. Alternativen**

Keine

## **D. Kosten**

Keine

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/7489 anzunehmen.

Berlin, den 23. Januar 2008

### **Der Auswärtige Ausschuss**

**Ruprecht Polenz**  
Vorsitzender

**Erich G. Fritz**  
Berichtersteller

**Monika Griefahn**  
Berichterstatlerin

**Marina Schuster**  
Berichterstatlerin

**Monika Knoche**  
Berichterstatlerin

**Jürgen Trittin**  
Berichtersteller

## Bericht der Abgeordneten Erich G. Fritz, Monika Griefahn, Marina Schuster, Monika Knoche und Jürgen Trittin

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/7489** in seiner 133. Sitzung am 13. Dezember 2007 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

### II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 23. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Annahme.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 53. Sitzung am 23. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Annahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 23. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Annahme.

### III. Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 56. Sitzung am 23. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Annahme.

Berlin, den 23. Januar 2008

**Erich G. Fritz**  
Berichtersteller

**Monika Griefahn**  
Berichterstellerin

**Marina Schuster**  
Berichterstellerin

**Monika Knoche**  
Berichterstellerin

**Jürgen Trittin**  
Berichtersteller